Bericht und Antrag

des

Bundesrathes an die h. Bundesversammlung, betreffend den
Vollzug der Einbürgerung der Heimatlosen in den Kan-
tonen Tessin, Waadt und Wallis.

(Vom 3. Dezember 1870.)

Tit.!

Am 22. Juli 1868 faßte die Bundesversammlung bei Anlaß der Prüfung des Geschäftsberichtes folgenden Beschluß:

„Der Bundesrath wird eingeladen, bei denjenigen Kantonen, welche dem Bundesgesetze vom 3. Dezember 1850, betreffend die Einbürgerung der Heimatlosen, bis anhin nur eine unvollständige Vollziehung gegeben haben, mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, daß sie die Einbürgerung der Heimatlosen und Tolerirten spätestens vor dem 1. Januar 1870 vornehmen.“

Wir ermangelten nicht, die wesentlich in Betracht kommenden Kantone Tessin, Waadt und Wallis mit besonderm Nachdrucke zu mahnen. Der damalige Stand der Sache charakterisirte sich in der Weise, daß noch keiner dieser Kantone ein Gesetz hatte, um dem Auftrage der Bundesversammlung entsprechen zu können, und daß nicht bloß der Rest des Jahres 1868, sondern auch noch der größte Theil des Jahres 1869 zu zahlreichen und sehr weitläufigen Korrespondenzen und zu mündlichen Verhandlungen nöthig war, um die Behörden der

Kantone Tessin und Wallis zu überzeugen, daß ihre bestehenden Gesetze nicht genügen.

Zur Zeit der Abfassung des Geschäftsberichtes pro 1868 (Frühjahr 1869) konnten wir daher wohl einsehen, daß es auch bei dem besten Willen nicht möglich sein werde, diese Angelegenheit auf den Termin vom 1. Januar 1870 zu beendigen, und wir ermangeten deshalb nicht, in dem Geschäftsberichte für 1868 ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen.

Die Kommission des Nationalrathes zur Prüfung dieses Berichtes fand jedoch, daß ein längeres Zusehen von Seite des Bundes unverantwortlich wäre und daß somit nach unbenutztem Ablauf der auf Neujahr 1870 angesetzten Frist der Fall vorliege, wo die Bundesautorität direkt zum Vollzuge der von den Kantonen versäumten Aufgabe zu schreiten habe.

Auf den Antrag dieser Kommission verschärfte daher die Bundesversammlung am 24. Juli 1869 ihre Einladung an den Bundesrath, indem sie ihn einlud, sofern die Vollziehung der Einbürgerung bis 1. Januar 1870 nicht vollständig nachgewiesen sei, der Bundesversammlung Bericht und Vorschlag einzubringen, in welcher Weise die noch im Rückstande befindlichen Kantone anzuhalten seien, den Vorschriften des Gesetzes eine sofortige vollständige Vollziehung zu geben.

Als dieser Beschluß gefaßt wurde, war schon beinahe das Ende des Monats Juli 1869 herangekommen.

Die betheiligten Kantone hätten also im Verlaufe von 5 Monaten Arbeiten von großem Umfange beenden sollen. Wir verhehlen keineswegs, daß es uns schon damals absolut unmöglich schien, den Erwartungen der Bundesversammlung genügen zu können. Man kann unbedenklich beifügen, daß es selbst dann unmöglich gewesen wäre, wenn damals die erforderlichen Gesetze bereits bestanden hätten. Wer eine solche Aufgabe schon auszuführen hatte, wird dieses zugeben, und zwar um so unbedenklicher, als jeder der drei Kantone eine sehr große Zahl von Personen einzubürgern und dabei noch Anstände verschiedener Art mit einzelnen Gemeinden, mit andern Kantonen oder andern Staaten zu ordnen hat, deren Beförderung gar nicht in seiner Macht liegt.

Wir säumten indeß nicht, den Auftrag vom 24. Juli 1869 in den drängendsten Formen den genannten Kantonen zur Kenntniß zu bringen und sie ernstlich aufzufordern, das Möglichste zu thun, um den Erwartungen der Bundesversammlung zu genügen. Verschiedene Mahnungen und erläuternde, falsche Gesichtspunkte berichtigende Korrespondenzen folgten sich, und am Ende des Jahres war man ungefähr so weit gekommen, als es sich erwarten ließ.

Was nämlich den Kanton Tessin betrifft, so bestand im Juli 1869 noch kein kantonales Gesetz. Die dortigen Behörden waren immer noch der Ansicht, daß ein solches nicht nöthig sei. Die Korrespondenz darüber, daß die Rechtsstellung der verschiedenen Klassen der in Frage kommenden Personen in den mancherlei andern Gesetzen, welche auf sie bezogen werden konnten, nicht genügend geordnet sei, hatte allerdings schon lange gedauert. Allein wir mußten doch dem *audiatur et altera pars* sein Recht lassen und auch unsererseits der korrespondenzweise geführten Diskussion in alle Details folgen. Diese Korrespondenz war nun im Juli 1869 so weit vorgerückt, daß wir, auch abgesehen von dem Beschlusse der Bundesversammlung, dieselbe mit einer bestimmten Verfügung hätten ersehen, resp. die Vollmacht der Bundesversammlung dazu hätten einholen müssen. Die Regierung von Tessin erklärte dann aber im Oktober 1869, daß sie sich nun überzeugt habe, daß ohne eine radikale Reform der kantonalen Gesetzgebung es nicht möglich sei, die Schwierigkeiten vollkommen zu heben, die einer richtigen Vollziehung des Bundesgesetzes in der kantonalen Gesetzgebung entgegenstehen. Es wurde auch in der That sogleich der Entwurf eines kantonalen Gesetzes bearbeitet, in Korrespondenzen mit uns besprochen und am 9. Dezember 1869 vom Großen Rathe des Kantons Tessin votirt. Mit diesem Resultate glaubten wir uns für das Jahr 1869 befriedigt erklären zu können, zumal von einer Vollziehung dieses Gesetzes vom 11. bis 31. Dezember natürlich nicht die Rede sein konnte. Wir haben in unserm Geschäftsbericht pro 1869 diese Thatsachen mitgetheilt und gefunden, es dürften dieselben einen speziellen Bericht wohl entbehrlich machen.

Im Kanton Waadt wurde die Auflösung der Corporation *vaudoise* und die Einbürgerung der Mitglieder derselben durch deren Einkauf in eine einzige Gemeinde lebhaft betrieben. Ein Vertrag mit der Gemeinde Lüttry wurde ernstlich berathen und entworfen, auch endlich nach langen und minutiösen Verhandlungen unter Ratifikationsvorbehalt unterzeichnet. Man hoffte allgemein, es würde der Kanton Waadt (wie die Behörden es auch lebhaft wünschten) mit dieser Operation die Erwartungen der Bundesversammlung erfüllen können. Allein einige Bürger von Lüttry waren anderer Meinung; sie vereitelten diese Hoffnung, indem sie die zahlreichen Gegner des Vertrages unterstützten und so die Verwerfung desselben durch die Gemeindeversammlung erzielten. Dieses geschah unmittelbar vor der November Sitzung des Großen Rathes, in welcher die Ratifikation von Seite des Staates ausgesprochen werden sollte. Da nun aber die mitkontrahirende Gemeinde ihre Zustimmung verweigert hatte und der Staatsrath dem Großen Rathe keine andere Vorlage machen konnte, so war dieser auch nicht in der Lage, einen entscheidenden Beschluß zu fassen. Es erhielt aber der Staatsrath den Auftrag, sofort mit einer andern Gemeinde in Unterhandlung zu treten, deren

Resultat wir auch nach Ablauf des Termines vom 1. Januar 1870 abwarten zu sollen glaubten.

Betreffend den Kanton Wallis, so hatte der Große Rath in einer Sitzung vom 7. Mai 1869 den Entwurf eines kantonalen Gesetzes, dem wir unsere Approbation gegeben hatten, angenommen; aber es unterlag derselbe der verfassungsmäßigen doppelten Berathung, die im November 1869 stattfinden sollte und auch wirklich stattgefunden hat. Wir wußten auch, daß im Oktober Listen der einzubürgernden Personen aufgenommen und daß die nöthigen Vorarbeiten einem besondern Kommissär übergeben worden waren; wir konnten also vermuthen, daß das Gesetz auch in zweiter Berathung angenommen und sofort in Vollziehung werde gesetzt werden. Es war also kein Grund vorhanden, diese Operation mit einer eidgenössischen Intervention zu unterbrechen, obschon sie mit dem 1. Januar 1870 unmöglich beendigt sein konnte.

So standen die Sachen, als der von der Bundesversammlung eingeräumte Termin vom 1. Januar 1870 eintrat. Es schien uns nun wirklich nicht gerechtfertigt, die Thätigkeit der kantonalen Behörden zu unterbrechen und für die Julisession einen Antrag einzubringen, wie diese Kantone anzuhalten seien, das Bundesgesetz sofort zu vollziehen, umal wir fanden, die Art, wie sie die Sache an die Hand genommen, bei den Verhältnissen jeden Kantons angemessen und es liege deshalb ein Nothstand vor, der zu einem so energischen Eingriffe in die Kantonalsoveränität, wie die Suspension der kantonalen Gesetzgebung und Behörden wäre, drängen würde. Wir hofften darum auch, es würde eine unparteiische Darstellung im Geschäftsberichte genügen, um die Bundesversammlung zu überzeugen, daß alle drei Kantone, wenn auch zu lange zögernd, jetzt ernstlich beflissen sind, dem Bundesgesetze umfassende Vollziehung zu verschaffen, und es werde deshalb auch eine nähere Darstellung der Sachlage zum Beweise dieser Thatsache in einem besondern Berichte nicht nöthig sein.

Die Kommission des Ständerathes fand indessen, wir geben uns zu optimistischen Anschauungen hin, und fügte bei, es scheinen die erwähnten drei Kantone alle Mahnungen und Drohungen mit unerschütterlichem Gleichmüthe hinzunehmen und darauf zu vertrauen, man beuge sich nur mit Worten und lasse die Drohungen nie zur That werden.

Die Bundesversammlung beschloß daher auf den Antrag dieser Kommission am 18. Juli 1870, daß wir den im Postulate vom 24. Juli 1869 vorgesehenen besondern Bericht unfehlbar auf die ordentliche Bintersitzung zu erstatten haben, indem die thatsächlichen Voraussetzungen dieses Postulates bei den Kantonen Tessin, Waadt und Wallis eingetreten seien: mit andern Worten, wir sollen nun Bericht erstatten, in

welcher Weise die genannten Kantone anzuhalten seien, dem Bundesgesetze sofortige Vollziehung zu verschaffen.

Wir genügen diesem Auftrage mit dem gegenwärtigen Verichte, ohne jedoch Anträge über ein neues und ausnahmsweises Verfahren gegen genannte Kantone damit zu verbinden, weil wir ein solches Angesichts der jetzt geregelten gesetzlichen Zustände und Angesichts der begonnenen und ernstlich betriebenen Vollziehungsarbeiten weder nöthig noch billig erachten.

Wir hoffen, daß Sie unsere Ansicht theilen werden, nachdem Sie von den folgenden Mittheilungen über den gegenwärtigen Stand dieser Angelegenheit werden Kenntniß genommen haben.

Tessin. Wir haben bereits erwähnt, daß der Große Rath dieses Kantons am 11. Dezember 1869 ein neues Gesetz erlassen habe. Dessen wesentlicher Inhalt ist in unserm Geschäftsberichte pro 1869 reproduziert worden. Es ist dasselbe nach unsern Wünschen ausführlich redigirt worden, damit auch verschiedene zerstreute Vorschriften in dem gleichen Gesetze vereint seien, womit dessen Gebrauch und Anwendung erleichtert wird. Wir erinnern hier nur noch daran, daß dieses Gesetz in Art. 17 vorschreibt, es müssen alle Heimatlosen, auf welche es Anwendung finde, im Laufe des Jahres 1870 eingebürgert werden.

Am 11. Mai 1870 erließ dann der Staatsrath die ihm übertragene Vollziehungsverordnung, die uns mitgetheilt wurde und unsere Genehmigung erhalten hat.

In Folge dessen wurden von dem tessinischen Departement des Innern sämmtlichen Gemeinden mit Zirkular vom 21. Mai 1870 gedruckte Formulare für alle Klassen von Personen, welche im Gesetze in Uebereinstimmung mit dem Bundesgesetze vorgesehen sind, mitgetheilt, damit dieselben ausgefüllt und bis zum 15. Juni mit allen bezüglichen Aufschlüssen und Akten dem genannten Departemente wieder eingeschickt werden.

Dieser Termin konnte freilich nach dem neuesten Berichte der Regierung von Tessin vom 14. Oktober 1870 nicht eingehalten werden, weil die Gemeinden zu einer Menge von Einfragen über die Auslegung des Gesetzes und des Reglementes sich veranlaßt sahen, und weil überhaupt viele Gemeinden in der Anwendung des Gesetzes schwieriger sich zeigten, als erwartet werden konnte. Es mußte deshalb jener Termin verlängert werden. Indessen sind dennoch später die Speziallisten derart befördert worden, daß die Generalliste (circa 4000 Personen umfassend) am 5. Oktober im Foglio ufficiale veröffentlicht werden konnte, was zu dem Zwecke geschah, damit alle Einzubürgernden, alle Behörden und überhaupt Jedermann allfällige Auslassungen, Ergänzungen und Berichtigungen im Laufe des Monats Oktober anbringen können.

Der Staatsrath bemerkte noch, daß nach Ablauf dieses Termines an der Hand der Liste und der Akten sofort ohne irgend welche Zeitverschümmniß zur Einbürgerung geschritten und daß, ungeachtet der kolossalen Arbeit, die ganze Operation bis Ende des Jahres 1870 (wie das Gesetz es vorschreibt) beendigt sein werde. Er fügte deshalb bei, daß eine eidgenössische Intervention nicht nur nicht nöthig sei, sondern auch, er spreche es frei aus, jeder Billigkeit und aller Gerechtigkeit widersprechend wäre.

Wir konnten nicht umhin, als in unserer Antwort vom 26. Oktober zu erklären, daß wir vollkommen befriedigt seien über den gegenwärtigen Stand der Arbeit. Die Größe und die Wichtigkeit derselben sei uns zu gut bekannt, als daß wir auf deren Ueberstürzung dringen könnten, denn es sei uns nicht daran gelegen, daß die Sache hastig und in Folge dessen nur mangelhaft erledigt werde, sondern wir streben eine gründliche Erledigung an, die darum auch mit Umsicht und Fleiß betrieben werden müsse.

Waadt. Es liegen von dem Staatsrathe des Kantons Waadt zwei Berichte vor, vom 3. Juni und 1. November 1870. Darnach sind neue Unterhandlungen mit den Gemeinden Bey und St. Croix eröffnet und durchgeführt worden behufs der Einbürgerung der Corporation vaudoise. Nach dem letzten Schreiben sollte die ganze Angelegenheit in der gegenwärtigen Sitzung des Großen Rathes (im Laufe des Monats November) erledigt werden. Im Momente der Abfassung dieses Berichtes ist indeß noch keine Anzeige von der Art der Erledigung gemacht worden.

Wallis. Am Ende des Jahres 1869 hatten wir noch keine Kenntniß davon, daß der Große Rath des Kantons Wallis das neue Gesetz am 23. November 1869 in zweiter Lesung angenommen hatte. Wir mußten dasselbe am 7. Januar 1870 speziell einfordern und erhielten es am 21. gleichen Monats. Unser Erstaunen war nun allerdings groß, als wir entdeckten, daß dieses Gesetz ganz anders laute, als der von uns genehmigte und in der Matzierung in erster Lesung angenommene Entwurf. Es ergab sich, daß gerade die wichtigsten Bestimmungen gestrichen und andere im Widerspruche mit dem Bundesgesetze angenommen worden waren.

Schon nach einer vorläufigen Prüfung sahen wir uns daher am 31. Januar veranlaßt, dasselbe provisorisch zu suspendiren und über einige Punkte Auskunft zu verlangen.

Es entspann sich nun eine lebhafte Diskussion in schnell sich folgender Korrespondenz, aus welcher sich ergab, daß der Große Rath von Wallis von Gesichtspunkten ausging, die wir gegenüber dem Staatsrathe von Wallis schon vor 10 Jahren bekämpft und als unstatthaft

erklärt hatten. Statt sie zu wiederholen, verweisen wir auf das Bundesblatt von 1860, II, S. 64 u. ff. und S. 453. Wir erklärten daher am 28. Februar 1870 jede weitere Diskussion als geschlossen und traten nun positiv mit dem Begehren auf, daß das Gesetz vom 23. November 1869 so schnell als möglich im Sinne unserer Begehren geändert werden müsse.

Dieses geschah dann endlich am 3. Juni 1870, indem der Große Rath die Aenderungen der ersten Redaktion vom Mai 1869 aufhob und ein Gesetz annahm, das im Ganzen unsere Zustimmung erhalten kann und jedenfalls gegenüber dem frühern Zustande im Kanton Wallis einen großen Fortschritt bildet. Leider ist zwar der Art. 4 ungeachtet unserer frühern Reklamationen noch im Widerspruche mit dem Bundesgesetze geblieben; allein der Staatsrath von Wallis hat versprochen, die Vollziehung im Sinne des Bundesgesetzes anzuordnen, und wir werden nicht ermangeln, unsere Kontrolle der Art zu handhaben, daß wir dessen sicher sind.

In den Monaten August, September und Oktober wurde dann die Vollziehungsverordnung zu diesem Gesetze festgestellt. Nachdem der von dem Departemente des Innern des Kantons Wallis vorgelegte Entwurf sich als ungenügend erwiesen hatte, wurde ein anderer Entwurf von unserm Justiz- und Polizeidepartemente bearbeitet, der Mitte November die beidseitige Zustimmung erhalten hat und nun in Anwendung gebracht wird.

Nach den festgesetzten Terminen muß die Einbürgerung bis 1. April 1871 in den Gemeinden vollzogen sein, und der Staatsrath versichert, alle Vorarbeiten so getroffen zu haben, daß dieser Termin eingehalten werden könne.

Angeichts dieser Sachlage und der jedenfalls sehr nahe gerückten Erledigung dieser Angelegenheit schließen wir mit dem

U n t r a g e :

Es sei von diesem Berichte Vormerkung am Protokoll zu nehmen und dormalen von weitem Schlüssen zu abstrahiren.

Genehmigen Sie, Zit., die erneuerte Versicherung unserer vollkommensten Hochachtung.

B e r n , den 3. Dezember 1870.

Im Namen des schweizerischen Bundesrathes,
Der Bundespräsident:

Dr. J. Dubs.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schieß.

Nachtrag vom 6. Dezember 1870.

Mit Schreiben vom 5. Dezember berichtet der Staatsrath des Kantons Waadt über das Resultat der Unterhandlungen mit den Gemeinden von Bez und Ste. Croix, die zu keinem befriedigenden Resultate führten, weswegen er vorgezogen habe, dem Großen Rathe auch ein Projekt über die Vertheilung der Mitglieder der Corporation vaudoise an die verschiedenen Gemeinden des Kantons vorzulegen, das er in erster Linie empfohlen habe. Da aber die Möglichkeit vorhanden gewesen, daß der Große Rath dieser Vertheilung unter die Gemeinden die Einbürgerung in die Gemeinde Ste. Croix auch bei erhöhter Einkaufssumme vorziehen könnte, so habe er demselben auch das Projekt dieses Einkaufes vorgelegt, damit diese Behörde mit Sachkenntniß für das eine oder andere Projekt sich entscheiden könne.

Der Große Rath habe indessen noch keinen Entscheid gefaßt, sondern eine Kommission zur Prüfung der Sache niedergesetzt, die aber noch nicht berichtet habe, weil die Sitzung bis zum 16. Januar 1871 vertagt worden sei.

Es steht nun zu erwarten, daß diese Behörde im Januar 1871 die Sache erledigen werde, woran zu zweifeln wir keine Ursache haben.

(Unterschriften wie nebenstehend.)

B o t f c h a f t

des

Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung, betreffend
Fristverlängerung für die aargauische Südbahn und die
Eisenbahn von Wildegg nach Lenzburg.

(Vom 3. Dezember 1870.)

Tit. !

Mit Schreiben vom 28. November abhin übermittelt die Regierung des Kantons Aargau zwei vom 26. gl. Mts. datirte Großrathsdekrete, durch welche die in den Konzessionen für die aargauische Südbahn und die Eisenbahn Wildegg-Lenzburg, beide datirt vom 27. Wintermonat 1869, festgesetzten Fristen für den Beginn der Erdarbeiten zc. um je zwölf Monate verlängert werden.

Die Regierung stellt das Ansuchen, daß diese Fristverlängerungen, welche durch die gegenwärtigen Zeitverhältnisse nothwendig gemacht worden seien, auch von der h. Bundesversammlung genehmigt werden möchten.

Indem wir Ihnen hiemit die beiden Vorlagen übermitteln, nehmen wir, mit Rücksicht auf die erwähnten, für die Ausführung neuer Bahnunternehmungen allerdings sehr ungünstigen Zeitverhältnisse, keinen Anstand, das gestellte Ansuchen zu befürworten, indem wir Ihnen nachfolgende Beschlusentwürfe zur Genehmigung empfehlen.

**Bericht und Antrag des Bundesrathes an die h. Bundesversammlung, betreffend den
Vollzug der Einbürgerung der Heimatlosen in den Kantonen Tessin, Waadt und Wallis.
(Vom 3. Dezember 1870.)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1870
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	54
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	24.12.1870
Date	
Data	
Seite	964-972
Page	
Pagina	
Ref. No	10 006 732

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.